

Israel, die arabische Welt und die Bundesrepublik Deutschland

Autor(en): **Wasser, Hartmut**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **46 (1966-1967)**

Heft 2

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161859>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erweist sich somit eine *restriktive, protektionistische Pipeline- und Raffineriepolitik*, gestützt auf die willkürliche Aufschlüsselung von 70 zu 30 Prozent, als ein *Irrtum*, so bleibt schließlich noch die Frage zu beantworten, wie der Bundesrat das *eidgenössische Enteignungsrecht* (Art. 10 des Rohrleitungsgesetzes) handhaben solle. Mit der Konzessionserteilung ist nämlich das Expropriationsrecht nach wie vor Standessache, und erst «wenn die Rohrleitungsanlage im öffentlichen Interesse liegt», kann es zur Bundessache erklärt werden. Im Sinne einer liberalen Pipeline- und Raffineriepolitik würde es jedenfalls liegen, sofern die im Rohrleitungsgesetz (Art. 3) abschließend aufgezählten Konzessionsverweigerungsgründe aus Abschied und Traktanden fallen, wenn vom eidgenössischen Enteignungsrecht in einer den *wirtschaftlichen Bedürfnissen* unseres Landes gerecht werdenden Weise Gebrauch gemacht würde.

Israel, die arabische Welt und die Bundesrepublik Deutschland

HARTMUT WASSER

Zu Beginn des Jahres 1965 beherrschte der Nahost-Konflikt die Schlagzeilen der deutschsprachigen Presse. Die seit langem schwelende Krise der außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Staaten des Nahen Ostens hatte sich mit dem Bekanntwerden geheimer deutscher Waffenlieferungen an Israel und daraus resultierenden arabischen Repressalien gegen Bonn zum offenen Brandherd entwickelt. Bonns komplizierter nahöstlicher Balanceakt, der auf heterogenen Zielsetzungen beruhte, schien gescheitert. Der nationalen Eigeninteressen wie gesamtwestlicher Containment-Politik verpflichtete Versuch, sowohl die traditionell genannte deutsch-arabische Freundschaft zu erhalten, wie auch eine die moralisch-politischen Konsequenzen aus der jüngsten deutschen Vergangenheit ziehende Israel-Politik zu entwickeln, war fürs erste mißglückt. Die Gefahr tauchte auf, daß die Sowjetzone im Bereich der arabischen Staaten zur völkerrechtlichen Anerkennung ihrer Staatlichkeit durchstoße, daß sich die sowjetkommunistische Expansion

im Nahen und Mittleren Osten verstärkte und die nach 1945 mühsam erworbene Reputation der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik Schaden leide.

Inzwischen ist der Botschafteraustausch zwischen Bonn und Tel Aviv erfolgt, und die arabischen Reaktionen haben sich insgesamt maßvoller gestaltet, als zunächst befürchtet wurde. Nassers Position in der arabischen Welt ist durch den Sturz Ben Bellas, den Mißerfolg der Intervention im Jemen, das behutsame Abrücken des irakischen Präsidenten Aref von Kairo, die Distanzierung der gesamten westarabisch-nordafrikanischen Staatengruppe von einem militanten Panarabismus und nicht zuletzt infolge innerägyptischer Schwierigkeiten ins Wanken geraten. Der Scheitelpunkt der Nahostkrise scheint gegenwärtig überschritten zu sein, und damit lassen sich auch jene Faktoren sachlicher erörtern, die den Nahen Osten zu einer ständigen Gefahr für den Weltfrieden und zur Bewährungsprobe deutscher Außenpolitik haben werden lassen.

Der Kampf um Palästina

Die rechtliche und faktische Herrschaftsausübung in Palästina, seit alters Bindeglied zwischen Asien und Afrika und Durchgangsgebiet wichtiger Handelsstraßen, war und blieb stets umstritten. Die Bestrebungen der im dreizehnten vorchristlichen Jahrhundert in das Land Kanaan eingewanderten israelitischen Stämme, ein geeintes Staatswesen des Volkes Israel zu schaffen, wurden durch ständige Annexionsunternehmungen auswärtiger Mächte durchkreuzt. In jahrhundertelangen Kämpfen wurde das jüdische Volk in alle Weltgegenden zerstreut, von Europa über Afrika bis tief nach Innerasien hinein; seine nationale Substanz aber überlebte zwei Jahrtausende Diaspora ohne staatliche Organisation — dank dem einigenden Band seiner religiösen Kultur.

Nach der Vertreibung der Juden durch die römische Weltmacht und der Eroberung Palästinas durch die Araber 638 nach Christus stellten arabische Beduinen verschiedener Stämme die absolute Bevölkerungsmehrheit im Lande, und unter dem Kalifat der Omajjaden und ersten Abbasiden hat Palästina jahrhundertlang zum islamisch-arabischen Imperium gehört, dessen Einheitsideologie und Zivilisationsbewußtsein in der panarabischen Bewegung der Gegenwart nachwirkt. Andererseits haben durch die Jahrtausende hindurch stets jüdische Gemeinden im Heiligen Land existiert, sind seit dem Mittelalter ständig kleine jüdische Gruppen auf abenteuerlichem Wege aus dem Exil ins Gelobte Land zurückgekehrt¹. Seit dem sechzehnten Jahrhundert bildete Palästina bis Ende des ersten Weltkrieges eine Provinz des türkischen Herrschaftsbereiches, die sich in zunehmendem Maße dem Druck europäischer

Großmachtinteressen ausgesetzt sah. Stichhaltige Besitzrechte von Arabern oder Juden auf Palästina lassen sich aus der historischen Entwicklung schwerlich ableiten — staatsrechtlich gehörte dieses Gebiet bis 1919 zur Türkei.

Die Gründung einer jüdischen «Heimstätte» zwischen den Weltkriegen

Ende des neunzehnten Jahrhunderts gewinnt die Palästinafrage ihre aktuelle Dimension, als europäische Juden unter der Führung Theodor Herzls die Assimilationsbemühungen ihres Volkes als gescheitert betrachten; die 1897 gegründete zionistische Weltbewegung erstrebte zur Beendigung des weltweiten Leidensweges des jüdischen Volkes die Schaffung einer «öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina»².

Der erste Weltkrieg schuf die Voraussetzungen für die Erfüllung der zionistischen Forderungen, revolutionierte er doch die politischen Verhältnisse im Nahen Osten. Großbritannien, Kolonialmacht und Gegnerin der mit den Mittelmächten verbündeten Türkei, erstrebte die territoriale und herrschaftliche Neugliederung des nah- und mittelöstlichen Raumes. In diesem Zusammenhang entwickelte sich das palästinensische Territorium zu einem permanenten Krisenherd, weil die britische Diplomatie, aus der bedrohlichen Kriegslage entspringenden, bündnispolitischen Überlegungen, die einander ausschließenden gebietlichen Ansprüche des Zionismus, der Araberstämme und des französischen Verbündeten auf Palästina gleichermaßen zu berücksichtigen suchte.

Um sich der Unterstützung der zionistischen Bewegung und des amerikanischen Judentums zu versichern, den Zusammenbruch der türkischen Herrschaft zu beschleunigen und die Verdienste Chaim Weizmanns um die englische Kriegsindustrie zu honorieren, anerkannte Großbritannien 1917 die Legitimität der zionistischen Zielsetzung. In der Balfour-Deklaration versprach die englische Regierung, sich für «die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk» einzusetzen, wobei jedoch nichts geschehen sollte, «was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina» beeinträchtigen könnte³. Um das Vordringen der deutsch-türkischen Sinai-Armee aufzuhalten, bemühte sich London 1916 um die Bundesgenossenschaft arabischer Stämme. Der englische Botschafter in Kairo, Mac Mahon, sicherte in einem Briefwechsel mit dem Haschemitenfürsten Hussein aus dem südarabischen Hedschas, Großscherif über Mekka und Medina, den Arabern die Errichtung eines unabhängigen großarabischen Reiches zu, wobei er gewisse Einschränkungen hinsichtlich des westlich vom Jordan gelegenen Teils von Palästina andeutete. Die englischen Zusagen an Juden und Araber mußten aber notwendigerweise mit jenem Sykes-Picot-Abkommen kollidieren, in dem das Foreign Office im Mai 1916 französischen

Aspirationen im Nahen und Mittleren Osten durch Abgrenzung beiderseitiger Einflußsphären entsprochen hatte.

Diese Abmachungen schienen für die Zukunft Palästinas drei Möglichkeiten anzubieten: einen selbständigen binationalen arabisch-jüdischen Staat, ein arabisch-jüdisches Territorium als ständiges britisches Mandat und schließlich die Errichtung eines rein jüdischen Staatswesens⁴. Zunächst schienen sich annehmbare Beziehungen zwischen Juden und Arabern anzubahnen⁵. Ansätze zur Zusammenarbeit wichen jedoch bald antijüdischen Tendenzen bei den Arabern, deren Forderungen nach einem großarabischen Reich von Suez bis Bagdad sich in dem Maße radikalisierten, als seine realpolitischen Verwirklichungsmöglichkeiten schwanden⁶. Die binationale Lösung des Palästinaproblems ging in einer Reihe blutiger Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Juden unter, die sich durch den im Gefolge der nationalsozialistischen Rassenpolitik anschwellenden Strom europäischer Juden einwanderung noch verschärften. Aber auch die Schaffung eines jüdischen Staatswesens scheiterte zunächst an der entschieden proarabischen Haltung der britischen Mandatsverwaltung. Zwar empfahl eine von der englischen Regierung ernannte Kommission unter Lord Peel in ihrem Palästinabericht von 1937, das Land zwischen Juden und Arabern aufzuteilen, aber dieser Vorschlag lief der Londoner Appeasementpolitik gegenüber den palästinensischen Arabern zuwider⁷. Vielmehr drosselte die britische Regierung im Zeichen des drohenden Kriegsausbruchs in Europa den jüdischen Flüchtlingsstrom, um sich arabischer Sympathien zu versichern und erklärte im Palästina-Weißbuch vom Mai 1939, die Versprechung der Balfour-Deklaration sei im wesentlichen erfüllt⁸.

Die Bildung des Staates Israel

Nach dem zweiten Weltkrieg brachte die britische Mandatsmacht das Palästinaproblem vor die UNO, weil sie den chaotischen Auseinandersetzungen zwischen den durch illegale Einwandererströme verstärkten Juden und der 1945 gegründeten Arabischen Liga nicht mehr gewachsen war⁹. Ende 1947 verfügte die Vollversammlung der Vereinten Nationen gegen die Stimmen der Araber die Teilung des Landes in einen jüdischen und arabischen Staat, unter Internationalisierung Jerusalems. Unmittelbar nach dem Abzug der Engländer aus Palästina proklamierte Ben Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel. Im Gegenzug überschritten fünf arabische Armeen von allen Seiten die Grenzen des neuen Staates, wurden aber nach heftigen Kämpfen zurückgeworfen und mußten 1949 (mit Ausnahme des Irak) Waffenstillstandsabkommen abschließen, in denen Israel einen im Vergleich zum UNO-Beschluß erweiterten territorialen Besitz behauptete.

Der Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten

Durch die Einbeziehung des strategisch und wirtschaftlich gleich bedeutsamen nah- und mittelöstlichen Raumes in den Ost-Westkonflikt haben sich die arabisch-israelischen Auseinandersetzungen seit 1948 ständig verschärft. Die arabischen Staaten betrachten den Staat Israel als illegitimes Gebilde, das gegen den Willen der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung errichtet wurde. Ihren eigenen Aussagen zufolge befinden sie sich im Kriegszustand mit Israel und trachten danach, es auszulöschen¹⁰. Durch wirtschaftlichen Boykott, militärische Aktionen, diplomatische Sanktionen und psychologische Kriegführung versuchen die arabischen Staaten bis heute, diesem Ziel näherzukommen. Die Blockade des Suezkanals und der Fortfall natürlicher Märkte durch den arabischen Boykott belastete zunächst die israelische Wirtschaft in beträchtlichem Maße. Erst nach der gewaltsamen Öffnung des Golfs von Aqaba im Jahre 1956 konnte sie neue Absatzgebiete im afro-asiatischen Bereich gewinnen und die Isolierung durchbrechen, da letztlich auch die Effektivität der von der Liga angedrohten diplomatischen Sanktionen, der arabischen Version der «Hallstein-Doktrin», minimal blieb. Die Konsolidierung des neuen Staatswesens litt mehr unter den ständigen Grenzzwischenfällen, die Israel zur Aufrechterhaltung einer im Verhältnis zur Bevölkerungszahl überdimensionierten Armee zwangen. Darüber hinaus schwächte die israelische Methode, kleine arabische Übergriffe durch spektakuläre militärische Aktionen zu beantworten, die Sympathien der Weltöffentlichkeit für den jüdischen Staat. 1955/56 verdichteten sich die Zwischenfälle an den Demarkationslinien zum heißen Krieg, der in Israel eine akute Krisenstimmung hervorrief; sie erreichte einen kaum noch zu kontrollierenden Siedepunkt, als sich der Westen zur Eindämmung des sowjetischen Einbruchs in den Vorderen Orient verstärkt um arabische Sympathien bemühte.¹¹. Als Ende Oktober 1956 England und Frankreich, im Zusammenhang mit der Suezkrise, zum Schlag gegen den revolutionären Nationalismus und Panarabismus Nassers ausholten, nutzte Israel die ägyptische Bedrängnis zu einem Präventivschlag. Wieweit die israelische Behauptung stimmt, die Sinai-Kampagne habe eine unmittelbar bevorstehende arabische Invasion verhindert, ist umstritten; sicher läßt sich aber die arabische Interpretation nicht aufrecht erhalten, dieser Krieg habe der imperialistischen Expansionspolitik des Judenstaates dienen sollen. Israel verfolgte andere Kriegsziele: die Zerstörung der Infiltrationsbasen der Feddayin im Sinai und die Öffnung des Seeweges durch den Golf von Aqaba; es mag auch die Hoffnung mitgespielt haben, diese militärische Aktion werde den Arabern die Sinnlosigkeit weiterer Aggressionen demonstrieren und sie zum Abschluß von Friedensverträgen bewegen.

Seit dem Sinaikrieg hat sich die militärische Lage an den Waffenstillstands-

linien stabilisiert, weshalb sich die Araber verstärkt dem Feld der psychologischen Kriegführung zugewandt haben. Die arabische Propaganda unter Führung Kairos stellt das Problem der arabischen Palästinaflüchtlinge und den «imperialistischen und neokolonialistischen Charakter» des jüdischen Staates in den Mittelpunkt ihrer antiisraelischen Kampagne. Die arabische Argumentation, 1919 hätten in Palästina 674000 mohammedanische und christliche Araber und 56000 Juden gelebt, denen nur 2% des Bodens gehörte, während heute auf rund 80% des damaligen Gebiets 2,2 Millionen Juden im Besitz von rund 80% des Bodens und nur noch 200000 Araber angesiedelt seien, beeindruckt in der Tat. Man muß die Komplexität der Fluchtmotive jener 500000—600000 palästinensischen Araber berücksichtigen, die 1948/49 Israel verließen, um die Flüchtlingsfrage objektiv beurteilen zu können¹². Die Arabische Liga hat die Palästina-Araber wiederholt zur vorübergehenden Emigration aufgefordert, damit die angestrebte Konzeption des totalen Kriegs gegen Israel durchgeführt und gleichzeitig der Weltöffentlichkeit wie der Bevölkerung der arabischen Nachbarstaaten der Wille der Flüchtlinge demonstriert werden konnte, die jüdische Herrschaft nicht anzuerkennen. Andererseits sind jüdische Bemühungen hinreichend bewiesen, die Araber zum Bleiben zu bewegen, wenn sie auch durch vereinzelt jüdischen Gegenterror an Überzeugungskraft einbüßten. Letztlich liegt aber «die wesentliche Ursache für das Entstehen der Fluchtbewegung unter den Arabern Palästinas . . . in der allgemeinen sozialen und politischen Umwälzung . . ., die mit dem Abzug der britischen Mandatstruppen in Bewegung gesetzt wurde»¹³. Versorgung und Verwaltung in den arabischen Städten und Dörfern brachen 1948 zusammen, die arabische Führungsschicht verließ das Land — die daraus resultierende Desintegration und der Zwang zur Existenzerhaltung trieb die Mehrzahl der Araber in die Länder der Liga. Die an den Grenzen Israels eingerichteten Flüchtlingslager existieren bis heute und werden fast ausschließlich von der UNRWA unterhalten, da die arabischen Staaten die Verantwortung für die Flüchtlingstragödie ablehnen und die Repatriierung der Geflohenen fordern. Sie berufen sich dabei auf die Versammlungsresolution der UNO vom 11. Dezember 1948, die den Arabern, «die in ihre Heimstätten zurückzukehren und mit ihren Nachbarn in Frieden zusammenzuleben wünschten», das Recht auf Rückkehr einräumte; den nicht Rückkehrwilligen sollte eine Entschädigung für die zurückgelassenen Besitztümer zukommen.

Israel hat immer wieder auf die Unerfüllbarkeit dieser Forderung hingewiesen, da eine generelle Repatriierung der von den Ligastaaten systematisch zur fünften Kolonne erzogenen Flüchtlinge nicht nur den wirtschaftlichen, sondern vor allem den politisch-psychologischen Ruin des Landes bedeuten würde. Die prinzipielle Weigerung war stets von pragmatischen Konzessionen im Rahmen des Zumutbaren begleitet: so konnten durch das Programm der Familienzusammenführung 40000 Araber nach Israel zurückkehren, wurden

blockierte Bankkonten Geflüchteter freigegeben und wiederholt Verhandlungen über die Entschädigung für zurückgelassenes Eigentum angeboten¹⁴. Die arabischen Staaten haben stets auf ihrer Maximalforderung bestanden und jede Eingliederung der Flüchtlinge in ihre eigene staatlich-gesellschaftliche Ordnung abgelehnt. Sie haben statt dessen «die Unzufriedenheit der Flüchtlinge durch Beibehaltung ihrer sozialen Deklassierung kultiviert», um in ihnen «ein stets bereites Objekt nationalistischer Manipulationen zu besitzen»¹⁵. Allerdings beruht dieses arabische Verhalten auch auf innenpolitischen Gründen — im Libanon würde die Eingliederung den mühsam gewährten Proporz von Christen und Mohammedanern im politischen Willensbildungsprozeß und sozialen Status gefährden, in dem noch in traditionellen Stammesverbänden lebenden Saudiarabien einen revolutionären Impuls erzeugen; der mühsam gewährte Religionsfrieden zwischen Sunniten und Schiiten im Irak würde durch die sunnitischen Palästinaaraber bedroht, und Ägypten kann schon die eigene Bevölkerungslawine nicht bewältigen.

Lange Zeit, über die Bandung-Konferenz von 1955 hinaus, hat es die arabische Propaganda verstanden, Israel als «Vorposten des westlichen Imperialismus» in der afro-asiatischen Welt zu isolieren. Ende der fünfziger Jahre aber gewann der junge Staat als Entwicklungshelfer in der farbigen Welt ständig an Sympathien und konnte den Ring der Isolierung sprengen¹⁶. Dabei haben mannigfache Gründe mitgewirkt: Israel war von keiner kolonialen Vergangenheit belastet, und die Juden waren, wie häufig auch die farbigen Völker, Opfer rassistischer Diskriminierung geworden. Israel war ein westlich-modernes Land, aber weder kapitalistisch noch kommunistisch, und seine Größenverhältnisse boten einerseits eine Garantie gegen die Gefahr der Erpressung und Ausbeutung, entsprachen aber andererseits denen der hilfsbedürftigen Länder, die häufig durch amerikanisch-europäische Dimensionen überfordert wurden. Heute unterhält Israel mit den meisten Ländern der Welt diplomatische Beziehungen¹⁷. Selbst einige Casablanca-Staaten suchen wirtschaftliche Kontakte mit Israel, obwohl sie in regelmäßigen Abständen in Kairo vorbereitete antiisraelische Erklärungen unterzeichnen.

Trotz der wiederholt sichtbar gewordenen Unterschiede in der Intensität der antiisraelischen Haltung hat sich generell die Feindschaft der arabischen Welt gegen den jüdischen Staat erhalten. Sie wurzelt nicht nur in dem konkreten Problem der Palästinaflüchtlinge, vielmehr im Bereich sozialer und religiöser Lebenshaltungen. Wer Israel besucht, wird die Dynamik, den westlichen Charakter der politisch-gesellschaftlichen Struktur dieses Landes feststellen. «Dieser Charakter und der hohe Entwicklungsstand seiner Gesellschaft machen es zum Ärgernis inmitten einer orientalischen, mit dem Trauma westlicher Beherrschung behafteten, gesellschaftlich primitiveren Umwelt¹⁸.» Die emotionale Aggressionsreaktion des Islams auf die technisch-zivilisatorische Überlegenheit des Westens ist verschiedentlich festgestellt worden;

nach arabischer Meinung stellt der im Zusammenwirken von westlichem Kolonialismus, wirtschaftlichem Imperialismus und Zionismus begründete Staat Israel eine bewußt gewollte Demütigung der arabischen Länder dar¹⁹. Letztlich aber erfüllt Israel in der arabischen Welt eine Katalysatorfunktion und bindet die heterogenen Elemente der panarabischen Bewegung wenigstens in einem Punkt; selbst die antiisraelische Solidarität kann sich aber nur als negativer Affekt behaupten und würde an konkreten Zielsetzungen, etwa an der Frage der Aufteilung Palästinas, sofort zerbrechen²⁰.

Deutsche Nahost-Politik

Die «Stunde der Wahrheit» schlug für Bonns Nahostpolitik, als sich die Schwierigkeiten in der Sicherung des Alleinvertretungsanspruchs im Gefolge der 1955 beginnenden kommunistischen Nahost-Offensive mehrten. Schon die ersten deutsch-israelischen Kontaktversuche wurden von Drohungen der arabischen Staaten begleitet²¹. Als sich in den Jahren nach Abschluß des Luxemburger Abkommens die wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Kontakte zwischen beiden Staaten allmählich normalisierten und Ben Gurion seit 1955/56 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anstrebte, sah sich die Bundesrepublik Deutschland ständigen Interventionen der arabischen Welt ausgesetzt, die schon 1956 den Hinweis auf eine mögliche Anerkennung Pankows enthielten. Indem sie die beiden Instrumente deutscher Außenpolitik, die Hallstein-Doktrin und später auch die Entwicklungshilfe, als Erpressungshebel benutzten, versuchten die arabischen Staaten unter Führung Kairos, ihren von anderen Staaten negierten Drohungen in Bonn Nachdruck zu verleihen. Der Erfolg blieb nicht aus, erklärte doch die Bundesregierung seit 1957 in regelmäßigen Abständen, ein Botschafteraustausch zwischen Bonn und Tel Aviv verschärfe die Spannungen im Nahen Osten; die mangelnde Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen suchte sie seit 1960 durch eine in vieler Hinsicht problematische Waffenhilfe an Israel zu kompensieren.

Bonn und Israel

Seit Jahren hat eine beachtliche Strömung in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland auf die Unabdingbarkeit ihrer moralischen Verpflichtungen nicht nur gegenüber dem jüdischen Volk, sondern auch gegenüber dem Staat Israel hingewiesen²² und wiederholt die Normalisierung des politischen Verhältnisses zu Israel gefordert — das Auswärtige Amt und Kreise der Industrie haben aus Furcht vor politisch-wirtschaftlichen Repressalien der Araber gegen dieses Begehren opponiert²³.

Israels Wunsch nach einem Botschafteraustausch entsprang ausschließlich politischen Überlegungen. In dem Maße, in dem die Sowjetunion ihre pro-arabische Politik forcierte und einen radikalen Antizionismus entwickelte²⁴, mußte sich Israel verstärkt nach dem Westen orientieren, von dem es neben Wirtschaftshilfe vor allem Sicherheitsgarantien für den Status quo im Nahen Osten erhoffte²⁵. Mit wachsendem Einfluß in den westeuropäisch-atlantischen Institutionen gewann auch die Bundesrepublik Deutschland für Israel (dessen Handelsbeziehungen zu den EWG- und EFTA-Staaten sich laufend ausweiten und in die heute mehr als 70% des israelischen Exports fließen) an Bedeutung, und Ben Gurion hat immer wieder mit dem Argument, die Bundesrepublik sei ein «anderes Deutschland», versucht, in Israel den Boden für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu bereiten. Es mag dabei auch die Hoffnung mitgespielt haben, die Anerkennung Israels durch die in arabischen Staaten Sympathien genießende Bundesrepublik werde die Araber zu einer wirklichkeitsbezogeneren Einschätzung der politischen Verhältnisse im Nahen Osten führen.

Bonn und die arabische Welt

Die Arabische Liga hat seit Beginn der Wiedergutmachungsverhandlungen im Jahre 1952 mit wechselnder Intensität versucht, die Bundesrepublik unter Hinweis auf die «traditionelle deutsch-arabische Freundschaft» wie durch politisch-wirtschaftliche Drohungen in die gemeinsame Front gegen Israel einzubeziehen²⁶. Die Araber warfen 1952 den Westmächten, speziell den USA, vor, die Bundesrepublik zu wirtschaftlichen Leistungen an Israel zu zwingen, nicht zuletzt mit der Absicht, aus Konkurrenzgründen einen Keil in die deutsch-arabische Freundschaft zu treiben. Zweifellos standen die Westmächte den israelischen Forderungen an die Bundesrepublik, die 1951 in Noten an die vier Besatzungsmächte erhoben wurden, wohlwollend gegenüber, und die Möglichkeit eines alliierten Drucks auf Bonn in der Wiedergutmachungsfrage ist auch in der Bundesrepublik diskutiert worden²⁷. Sicher aber haben etwaigen amerikanischen Pressionen innenpolitische Motive zugrunde gelegen, nämlich die Berücksichtigung der lobby der amerikanischen Juden, die einen einflußreichen Machtfaktor in der USA-Politik verkörpert. Was aber die «traditionelle deutsch-arabische Freundschaft» anbelangt, scheinen ihre Wurzeln eher im geistes- und kulturgeschichtlichen Bereich als auf politischer Ebene zu liegen, kämpfte doch Deutschland noch im ersten Weltkrieg an der Seite der damals araberfeindlichen Türkei. Von Arabern wird in Gesprächen offen erklärt, Deutschland sei auf Grund seiner Gegnerschaft zu England und Frankreich in zwei Weltkriegen und der Hitlerschen Judenpolitik der natürliche Alliierte der arabischen Welt. Daß solche Motive keine solide Basis für die deutsch-arabischen Beziehungen schaffen können, hat das

Jahrzehnt seit 1955 gezeigt. Die meisten Liga-Staaten haben diesen Beziehungen immer nur insoweit Wert beigemessen, als sie nicht mit der sich wandelnden Konstellation der Weltpolitik im Nahen Osten (das heißt dem politischen Einbruch des Sowjetblocks) kollidierten, als sich aus ihnen wirtschaftliche Vorteile ableiten ließen und als sie die arabische Position im Konflikt mit Israel stärkten. Lange bevor deutsche Waffen nach Israel geliefert wurden, haben Ägypten und später die VAR ihre Deutschlandpolitik nach opportunistischen Erwägungen ausgerichtet. Ihre wachsenden Bindungen an den Ostblock, bedingt durch einen außenpolitischen Radikalismus, der nur vom kommunistischen Lager Unterstützung erwarten kann und einen Nasserschen Sozialismus, dessen Affinität zum sowjetischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem offenkundig geworden ist, haben das politische Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland einfrieren lassen²⁸. Bonn hat die Bedeutung positiver Beziehungen zur arabischen Welt stets betont und auch mit Entwicklungshilfe (gleichsam als Kompensation für die Wiedergutmachungsleistungen an Israel) nicht geizt. Einschließlich der noch nicht erfüllten Zusagen sind bis heute etwa 1,3 Milliarden DM an Kapitalhilfe aus öffentlichen Mitteln und über 200 Mio. DM technischer Hilfe gewährt worden, zu denen Bundesbürgschaften in der Höhe von 2,3 Milliarden DM treten, von denen Ägypten und Syrien den Löwenanteil abschöpften. Nach der Suez-Krise von 1956 nahm ein positives Verhältnis der Bundesrepublik zur arabischen Welt für den gesamten Westen an Wichtigkeit zu, hatte sie doch nun gemeinsam mit den USA die Aufgabe, an Stelle der kompromittierten «Kolonialmächte» England und Frankreich ein Gegengewicht zum wachsenden kommunistischen Einfluß im Vorderen Orient zu bilden.

Zukunftschancen deutscher Nahost-Politik

Die Nahost-Krise, ausgebrochen durch das Abgleiten der VAR in das sozialistische Lager, aber auch gefördert durch ein jahrelanges unsicheres Verhalten Bonns zwischen Israel und der arabischen Welt, das zu Beginn des Jahres 1965 seinen Höhepunkt erreichte, hat fürs erste die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in diesem Brennpunkt internationaler Gegensätze erschüttert²⁹. Sie hat aber auch den Schleier von Zweideutigkeiten zerrissen, der Bonns nahöstliche Politik in zunehmendem Maße diskreditierte. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ist nicht nur eine längst fällige moralische Rechnung eingelöst worden, sondern Bonn hat sich auch zu der seit den Tagen des Völkerbundes verbindlichen Maxime des Völkerrechts bekannt, daß die Juden aus eigenem Recht und nicht aus Duldung in Palästina leben. Arabische Hoffnungen, mit Hilfe der Bundesrepublik das westliche Lager in der Palästinafrage zu spalten, haben sich zerschlagen — vielleicht kann die daraus resultierende Ernüchterung die arabische Bereit-

schaft zu einer konstruktiven Verständigungspolitik mit Israel fördern. Manche Anzeichen — der Rücktritt des radikalen Ahmed Shukeiri von der Führung der palästinensischen «Befreiungsorganisation», schärfere Maßnahmen der libanesischen und jordanischen Regierungen gegen die in Syrien ausgebildeten und in ihre Gebiete infiltrierte terroristischen «Fattach»-Gruppen, die Stagnation der Arbeiten zur Umleitung der Quellflüsse des Jordans, der Appell Bourghibas zu einer realistischen Israel-Politik — scheinen auf diesbezügliche Möglichkeiten hinzuweisen.

Die Planung der zukünftigen bundesrepublikanischen Nahost-Politik muß zwei Aufgaben berücksichtigen: sie muß die verständlicher Weise noch immer problematischen Beziehungen zu Tel Aviv durch behutsame Aufklärungsarbeit in Israel und eine rasche Umwandlung der abgelaufenen Wiedergutmachungsleistungen in Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Kredite konsolidieren; sie muß auf der Basis ökonomischer Faktoren und gegenseitiger wirtschaftlicher Interessen wieder Beziehungen zur arabischen Welt anknüpfen, wobei sie sich der Vermittlerdienste der Maghreb-Staaten bedienen kann. Gemeinsam mit seinen Verbündeten sollte Bonn auf eine Koordinierung westlicher Nahost-Politik hinarbeiten, die durch gezielte Entwicklungshilfe den radikalen Flügel in der Arabischen Liga isoliert und damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens in diesem Krisenherd der Weltpolitik leistet.

¹Vgl. dazu E. Rothschild: Die Juden und das Heilige Land. Zur Geschichte des Heimkehrwillens eines Volkes. Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Polit. Bildung, Probleme des Judentums H. 2, 1964. ²Basler Programm von 1897, in: Israels Weg zum Staat. Dokumente, hrsg. v. A. Ullmann, München 1964, S. 127. Zum Zionismus G. Holdheim: Der politische Zionismus — Werden, Wesen, Entwicklung. Probleme des Judentums H. 4, 1964. ³Ullmann, a. a. O., S. 252. ⁴H. A. Reinartz: Die Lage der Araber in Palästina, in: Außenpolitik, 11. Jg., 1960, S. 411 ff. ⁵Vgl. in diesem Zusammenhang die Erklärungen des arabischen Sprechers Emir Feisal, in denen er die Einwanderung von Juden nach Palästina ermunterte, Ullmann, a. a. O., S. 266 ff., und Y. Ben-Gavriel: Israel. Wiedergeburt eines Staates, München 1957, S. 91. ⁶1921 wurde Feisal, der in Damaskus Hof gehalten hatte, von französischen Truppen aus Syrien verjagt und von den Briten mit dem Vasallenemirat in Bagdad, genannt Irak, abgespeist. ⁷Mehrfach kam das Foreign Office durch restriktive Auslegung der Balfour-Deklaration arabischen Forderungen entgegen, so etwa im Churchill-Weißbuch von 1922 und im Passfield-Weißbuch von 1929. ⁸Ullmann, a. a. O., S. 300. ⁹Dazu J. u. D. Kimche: Des Zornes und des Herzens wegen. Die illegale Wanderung eines Volkes, dt. Berlin 1956. ¹⁰Als Legitimation zur Neugründung der VAR im April 1963 gab die Vereinigungskonvention «die Situation in Palästina und die nationale Pflicht zur Befreiung dieses Landes» an (Süddt. Ztg. 18. 4. 63). Zur arabischen Israel-Politik vgl. G. E. Kirk: Contemporary Arab Politics, New York 1961; H. Wewer: Möglichkeiten und Grenzen israelischer Außenpolitik, in: Zs. f. Politik, 9. Jg. NF, 1962, S. 154 ff. ¹¹Dazu Fr. Steppat: Die Palästinafrage und Israel, in: Die Internationale Politik 1955, hrsg. v. A. Bergstraeßer / W. Cornides, München 1958, S. 654 ff.; ders.: Die Arabischen Staaten zwischen West und Ost, in: Die Internationale Politik 1956/57, München 1961, S. 671 ff. ¹²Die Flüchtlingszahl ist umstritten; zuverlässige Angaben bei W. Pinner: How many Arab

Refugees?, London 1959, die sich auf die Bevölkerungsstatistiken der brit. Mandatsmacht stützen. Die UNRWA-Zahl von 1,2 Mill. Flüchtlingen berücksichtigt die hohe Geburtenzahl und jene verarmten Bewohner Jordaniens und des Ghaza-Streifens, denen auch die Flüchtlingsbetreuung zugute kommt. Hinsichtlich der Fluchtmotive vgl. F. Th. Witkamp: *The Refugee Problem in the Middle East*, Nr. 1 des Bulletins der «Research Group for European Migration», Den Haag Januar-März 1957. ¹³Wewer, a. a. O., S. 158. ¹⁴Zur Situation der in Israel verbliebenen Araber, R. Williams: *Der Staat Israel*, Hamburg 1959, S. 143 ff.; ebenso Reinartz, a. a. O. ¹⁵Wewer, a. a. O., S. 160. Ansätze einer konstruktiven Politik zur Lösung der Flüchtlingsfrage hat bisher nur Jordanien unternommen. Bisher sind auch die Bemühungen der UN-Hilfsorganisation, das Flüchtlingsproblem durch Auswanderungserleichterungen zu lösen, auf erbitterten arab. Widerstand gestoßen. ¹⁶Dazu Chr. v. Imhoff: *Israel — Mentor der farbigen Welt*, in: *Außenpolitik*, 12. Jg., 1961, S. 183 ff.; W. Preuß: *Politik und Wirtschaft Israels im Brennspeigel der Neugestaltung des Asia-African-Kontinentes*, in: *Zs. f. Politik*, 8. Jg. NF, 1961, S. 241 ff.; E. U. Fromm: *Israels Know-How-Export nach Afrika und Asien*, in: *Außenpolitik*, 14. Jg., 1963, S. 264 ff. ¹⁷Eine Ausnahme bilden neben den arab. Ländern einige Mitglieder der Bandung-Gruppe und der Casablanca-Staaten, einige Mitglieder des Ostblocks, ferner die kathol. Länder Spanien, Portugal, Irland und der Vatikan (letztere mit der Begründung, die Internationalisierung Jerusalems und der Heiligen Stätten sei unterblieben). ¹⁸Wewer, a. a. O., S. 161. ¹⁹Dazu W. L. Smith: *Islam in Modern History*, New York 1959; D. Weiß: *Zum Verhältnis der Bundesrepublik zu den arab. Staaten*, in: *Europa-Archiv* 21/1965, S. 821 ff. ²⁰Schon 1948/49 brachen Streitigkeiten zwischen der Liga um den von der UNO festgelegten arabischen Teil Palästinas aus. König Abdullah von Transjordanien verleihte gegen den Protest Ägyptens den größten Teil dieses Gebiets seinem eigenen Herrschaftsbereich ein. ²¹Vgl. dazu H. Wewer: *Die deutsch-israelischen Beziehungen: Ende oder Neubeginn?*, in: *Frankfurter Hefte*, 18. Jg., 1963, S. 455 ff. ²²Man kann nicht zwischen unserem Verhältnis zu den Juden als einem «menschlich-moralischen Problem» und unseren Beziehungen zum Staat Israel als einem «staats- und völkerrechtlichen Problem mit welt- und wirtschaftspolitischen Implikationen» trennen, wie dies G. Knauß: *Der Staat Israel, die Araber und die Bundesrepublik*, in: *Frankfurter Hefte*, 15. Jg., 1960, S. 609 ff., fordert. Denn die überwiegende Mehrzahl der heute in Israel lebenden europäischen Juden ist im Gefolge der NS-Rassenpolitik nach Palästina emigriert. ²³Harte Kritik an der Bonner Israel-Politik übt Franz Böhm: *Die deutsch-israelischen Beziehungen*, in: *Frankfurter Hefte*, 20. Jg., 1965, S. 601 ff. ²⁴1947 hatte die SU für die Errichtung Israels votiert, wohl in der Hoffnung, ein sozialistischer Judenstaat biete einen Ansatzpunkt zur Unterminierung der westlichen Position im Nahen Osten — die israelische Parteinahme für den Westen im Koreakrieg ließ Moskau die Fronten wechseln. ²⁵Nach israelischer Meinung hat der Westen bis heute diesem Wunsch trotz der amerikanisch-britisch-französischen Dreimächteerklärung von 1950, der Eisenhower-Doktrin von 1957 und weiteren Zusicherungen der USA, etwa auf der Pressekonferenz Kennedys am 8. 5. 1963, nicht mit der gebotenen Eindeutigkeit entsprochen. ²⁶Dazu H. Volle: *Das Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel*, in: *Europa-Archiv* 8/1953, S. 5619 ff. ²⁷Hjalmar Schacht hat etwa einen solchen Druck angeprangert, während Professor Böhm, Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation in Luxemburg, seine Existenz auf das entschiedenste bestritten hat. Es wäre aber durchaus denkbar, daß die USA und in ihrem Gefolge auch Frankreich und Großbritannien auf deutsche Reparationsleistungen zugunsten Israels verzichtet haben, um so mehr, als damals die Bundesrepublik durch ihre Einbeziehung in das westliche Bündnissystem vom besiegten Feind zum Partner wurde. ²⁸Dazu P. Meyer-Ranke: *Nasser am Tor des Sozialistischen Lagers*, in: *Außenpolitik*, 16. Jg., 1965, S. 153 ff. ²⁹Zum Ablauf der Nahost-Krise bis zum Botschafteraustausch zwischen Bonn und Tel Aviv, W. Wagner: *Deutschland, Israel und die arabischen Staaten*, in: *Europa-Archiv*, 10/1965.